



Berlin, 31. März 2008

Weichen auch für Arbeitnehmer in Richtung Aufschwung gestellt

GdP-Vorsitzender Freiberg: Langes Ringen um Verbesserungen für die Polizei erfolgreich

Potsdam. Als einen großen Erfolg für die Beschäftigten der Polizei wertet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) das Ergebnis der Verhandlungen über die Einkommen bei Bund und den Kommunen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Unsere Kolleginnen und Kollegen werden mit einer Erhöhung zwischen 7 und 10 Prozent für die nächsten zwei Jahre eine spürbare Verbesserung ihrer Einkommen erhalten, die nicht sofort wieder durch Steuern und Sozialabgaben aufgezehrt wird. Das gilt insbesondere auch für die unteren Einkommensgruppen. Die Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro ist darin noch nicht einmal berücksichtigt. In schwierigen und langen Verhandlungen ist es uns gelungen, nach Jahren des Sozialabbaus und der Reallohnverluste im öffentlichen Dienst die Weichen auch für die Arbeitnehmer wieder in Richtung Aufschwung zu stellen.“

Damit konnte, so der GdP-Vorsitzende, ein Streik in letzter Minute abgewendet werden. Freiberg: „Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes haben deutlich zu spüren bekommen, dass es uns sehr ernst war. Die hohe Beteiligung an unseren Warnstreiks und gewerkschaftlichen Aktionen, die breite Sympathie in der Bevölkerung und eine objektive Berichterstattung in den Medien haben die Arbeitgeber letztendlich in ihre Schranken verwiesen.“

Dieses Tarifergebnis, so der GdP-Vorsitzende, sei in seiner Signalwirkung nicht zu unterschätzen. Dies gelte für die übrigen Branchen und für die im nächsten Jahr anstehenden Verhandlungen in den Ländern. Für die Gewerkschaft der Polizei stehe fest, dass das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen werden müsse.

Die erstmals in dieser Form praktizierte Solidarität zwischen den beteiligten DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP sowie der Tariftunion im Deutschen Beamtenbund habe sich, so Freiberg, bewährt. Freiberg, der Mitglied der Sondierungskommission ist: „Bei allen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern in der Sache war die Verhandlungsatmosphäre konstruktiv und von gegenseitiger Achtung geprägt. Dazu hat Bundesinnenminister Dr. Schäuble einen maßgeblichen Beitrag geleistet.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190